

## **Niederschrift**

über die öffentliche Sitzung  
**des Hauptausschusses der Stadt Lörrach**  
**am Donnerstag, 5. Dezember 2019**  
im großen Sitzungssaal des Rathauses Lörrach, Luisenstraße 16

- Anwesend: Oberbürgermeister Jörg Lutz als Vorsitzender  
Bürgermeisterin Monika Neuhöfer-Avdčić
- Stadträte/innen: Bachmann-Ade, Bernnat, Böhler (als Vertretung Dr. Oursin),  
Escher (als Vertretung Sommer), Gohn, Dr. Hengelage,  
Herzog (bis 13.00 Uhr), Höfler, Krämer, Kurfeß, Lindemer  
(als Vertretung Herzog; ab 13.00 Uhr), Lusche, Müller, Dr.  
Reinhardt-Albiez, Rufer (als Vertretung Schlecht; bis 9.40  
Uhr / ab 12.15 Uhr), Salinas de Huber, Simon
- Entschuldigt: Dr. Oursin, Schlecht, Sommer
- Ferner: Stadträte Koesler und Lindemer (bis 12.15 Uhr) als Zuhörer
- Fachbereichsleiterin Baldus-Spangler  
Fachbereichsleiterin Brödlin  
Fachbereichsleiterin Buchauer (ab 9.45 Uhr)  
Fachbereichsleiterin Dannecker (9.40 bis 13.50 Uhr)  
Fachbereichsleiter Bühler  
Fachbereichsleiter Dullisch  
Fachbereichsleiter Frick  
Fachbereichsleiter Kleinmagd  
Stellv. Fachbereichsleiterin Fischer  
Stellv. Fachbereichsleiterin Oswald (ab 9.45 Uhr)  
Stellv. Fachbereichsleiter Gruber  
Frau Sambale-Lebus, Personalratsvorsitzende  
Frau Conti, FB Finanzen  
Frau Renkert, FB Jugend/Schulen/Sport (9.45 bis 10.45 Uhr)  
Herr Dieterle, FB Jugend/Schulen/Sport (9.45 bis 12.15 Uhr)  
Herr Meinhold, FB Jugend/Schule/Sport (10 bis 12.15 Uhr)
- Urkundspersonen: Stadträtinnen Salinas de Huber und Krämer
- Schriftführung: Frau Heinze, Frau Janz und Herr Rachel (bis 12.15 Uhr)
- Beginn: 8.40 Uhr  
Ende: 14.30 Uhr

## TOP 1

### Haushaltplan 2020

#### Vorlage: 232/2019

Der Vorsitzende führt in den Tagesordnungspunkt ein und verweist auf die Verständigung, dass die Haushaltsreden im Gemeinderat erfolgen. Er dankt Frau Conti und Fachbereichsleiter Kleinmagd für die viele (Detail-)Arbeit, die notwendig war, diesen Haushalt zu erstellen und übergibt dann das Wort.

Fachbereichsleiter Kleinmagd stellt die Eckpunkte des Haushaltsentwurfs vor (Anlage 1). Im Vergleich zur Vorlage werde der Fehlbetrag nun geringer ausfallen, da weitere Bundesmittel für die Flüchtlingskosten angekündigt worden seien. Es sei zunehmend schwierig, den Haushalt auszugleichen. Als Risikofaktoren nennt er u.a. steigende Abschreibungen für fertiggestellte Gebäude, steigende Personalkosten und die Entwicklung der Kreisumlage. Die wachsende Stadt stelle wachsende Herausforderungen an die Infrastruktur, was Investitionsmittel binde. Er halte den vorliegenden Haushalt für genehmigungsfähig, gleichwohl müsse man sich Gedanken machen, wie ein besseres Gleichgewicht von Einnahmen und Ausgaben geschaffen werden könne.

Frau Conti gibt anhand der Präsentation einen Überblick über die Veränderungen zum Haushaltsentwurf und die Auswirkungen auf die Folgejahre. Das neue Ergebnis des Ergebnishaushalts liege bei -1.165.300€ und könne mit Ergebnisrücklagen der Vorjahre verrechnet werden. Auf eine weitere Erläuterung der übersandten Standardthemen verzichtet sie und geht lediglich auf die Entwicklung der Steuerzuweisungen, Steuereinnahmen und Umlagen ein.

Im Zusammenhang mit der angesprochenen Einkommensteuer erwähnt der Vorsitzende den Zensus 2021 und den Einfluss der Einwohnerzahl auf die Steuereinnahmen. Anschließend bittet er die Ausschussmitglieder um ihre Fragen und Anmerkungen.

Stadträtin Kurfeß erklärt, dass sie keine Fragen zum Haushalt habe, da diese im Vorfeld bereits mit der Verwaltung geklärt worden seien.

Stadtrat Lusche hält den Haushaltsausgleich für eine Zukunftsaufgabe und möchte wissen, wie man sich eine Priorisierung der Aufgaben vorstelle. Zudem wünscht er sich eine Einschätzung zur Entwicklung der Kreisumlage und hinterfragt die Perspektive der Vergnügungssteuereinnahmen.

Stadtrat Bernnat schließt sich der Frage zur Kreisumlage an.

Stadtrat Müller möchte wissen, wieso der kalkulatorische Zinssatz bei den Einzelposten aufgeführt sei und im Gesamthaushalt aber nicht. Seiner Meinung nach sei der Haushalt für die Zukunft auf Kante genäht und man lebe deutlich über die Verhältnisse. Er fordert Vorschläge, wie dem begegnet werden könne.

Fachbereichsleiter Kleinmagd stellt zur Vergnügungssteuer dar, dass die Reaktion der Betreiber von Vergnügungsstätten auf die rechtliche Situation spürbar sei und sich dies auf die Höhe der Steuereinnahmen auswirke, dies aber politisch gewollt sei. Für die nächsten Jahre erwarte er, dass die Kreisumlage abgesenkt werde, aufgrund des Sozialhaushalts und des Zentralklinikums langfristig gesehen jedoch steigen werde. Des Weiteren geht er auf das Thema Haushaltsausgleich ein. Im kommenden Jahr müsse eine Aufgabenkritik und Prioritätensetzung vorgenommen werden. Teils werde dies bereits im Prozess der Verwaltungsmodernisierung 2030 aufgegriffen. Zur Frage der Zinsen sieht er mittelfristig keinen Anstieg, man habe, wo möglich, die niedrigen Zinsen mit Umschuldungen und langen Vertragslaufzeiten mitgenommen. Teilweise bis zum Jahr 2056.

Der Vorsitzende ergänzt, dass die Themen Umwelt/Klimaschutz sowie Arealentwicklung für die Ansiedlung von Gewerbe ebenfalls wichtige Aufgaben für die Zukunft seien, die hohe Ausgaben erfordern. Man dürfe sich auch nicht zu Tode sparen. Wichtig sei auch die Einnahmeseite zu verbessern.

Stadträtin Kurfeß spricht die Verschulungsübersicht an und erkundigt sich nach den unterschiedlichen Zinssätzen von Stadt und Eigenbetrieben. Fachbereichsleiter Kleinmagd begründet dies mit unterschiedlichen Vertragsabschlüssen und Konditionen.

Stadtrat Lusche bittet um Erläuterung der Haushaltspositionen zu Bürgerbeteiligung/Leitbild und bodenpolitische Grundsätze. Er spricht die jährlichen Kosten für das Ticket4Lörrach für die Stadt an und fragt, wie diese perspektivisch gesehen werden. Zudem wolle er wissen, mit welchen Kosten das Thema Wärmenetze verbunden sei und welche Auswirkungen auf die Gebührenentwicklung gesehen werden.

Stadtrat Escher fragt, wieso nochmals 36.000€ für die Friedhofsentwicklungsplanung eingestellt werden. Zudem wünscht er sich, dass die Sanierung der sanitären Anlagen im Grütt endlich angegangen werde.

Stadträtin Krämer fragt nach der Einstellung von Mitteln für die Sanierung der Toiletten der Schlossberghalle.

Stadtrat Bernnat fragt nach den Geldern der Gesamtverkehrsplanung. Er meint, dass man mit dem RVL sicher noch Verhandlungen zum 1€-Ticket führen müsse und die Kosten nicht für die Dauer hochgerechnet werden können. Für ihn sei Sparen kein Selbstzweck, aber man werde kritisch an die Ausgaben gehen.

Die Bürgermeisterin Neuhöfer-Avdić erklärt, dass mit den bodenpolitischen Grundsätzen Themen wie Erbpacht und Grundstücksverkauf konzeptionell aufgearbeitet werden sollen. Man wolle ein gutes Modell vorlegen, zudem brauche man ein Budget, um große Liegenschaften selbst zu entwickeln oder eine Entwicklungsgesellschaft zu gründen.

Fachbereichsleiterin Baldus-Spangler erklärt, dass der Posten zu Bürgerbeteiligung/Leitbild für das Projekt „Zielbild Lörrach 2025“ gedacht sei, dass als Vorarbeit für das Inte-

grierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) notwendig sei. Die Fortschreibung des Leitbilds sei dafür eine notwendige Grundlage.

Bürgermeisterin Neuhöfer-Avdić antwortet, dass die Gelder zur Gesamtverkehrsplanung im Bereich Stadtentwicklung und Stadtplanung eingepreist seien. Man wolle die städtebauliche Entwicklung und das Verkehrskonzept gemeinsam angehen und entwickeln.

Fachbereichsleiter Kleinmagd antwortet auf die Frage zur Fernwärme. 1 Mio. € seien als erste Tranche für Wärmenetze bzw. Gründung der GmbH angesetzt und im Stadtwerke-Wirtschaftsplan aufgenommen. Die Gesamtthematik werde noch umfassend geprüft. Eine erste Vorlage solle im Frühjahr 2020 erfolgen.

Der Vorsitzende äußert sich zum 1€-Ticket. Dieses koste Geld, man werde gemeinsam mit dem RVL eine Auswertung durchführen und sich im gesamten Landkreis kommiten. Erst müssten aber die Zählungen abgewartet werden.

Fachbereichsleiter Kleinmagd merkt an, dass die aktuellen Kosten bei 422.000€ liegen, er aber davon ausgehe, dass die 380.000€ reichen werden. Man habe leider noch kein ganzes Jahr gehabt, um dies zu beurteilen.

Bürgermeisterin Neuhöfer-Avdić geht auf die Anfrage zur Schlossberghalle ein. Die Sanierung der Toilettenanlage solle über den Bauunterhalt erledigt werden.

Hinsichtlich der weiteren Mittel für die Friedhofsentwicklungsplanung erläutert Bürgermeisterin Neuhöfer-Avdić, dass diese für die Einbindung der Öffentlichkeit benötigt würden. Die Planung solle 2020 abgeschlossen werden. Auf weitere Nachfrage von Stadtrat Escher verspricht sie Klärung, ob alle vorherigen Mittel aufgebraucht worden seien.

Auf Nachfrage von Stadträtin Herzog stellt Fachbereichsleiter Kleinmagd dar, dass die Nutzungsentgelte für Wohnungslose im Zusammenhang mit der Flüchtlingsunterbringung stehen.

Weiter fragt Stadträtin Herzog nach der Planung zum Dröschischopf.

Bürgermeisterin Neuhöfer-Avdić sagt, dass 2020 zunächst Fragestellungen zum Bauantrag zu klären seien.

Stadtrat Lusche möchte wissen, ob mit dem Haushaltsbeschluss die Maßnahmen in Sachen Bürgerbeteiligung/Leitbild und bodenpolitische Grundsätze bereits beschlossen seien oder dem Rat nochmals vorgelegt werden. Bürgermeisterin Neuhöfer-Avdić verdeutlicht, dass politische und Grundsatzthemen stets mit dem Gemeinderat abgestimmt werden. Fachbereichsleiterin Baldus-Spangler ergänzt, dass das Thema Leitbild/ISEK bereits in der nächsten Gemeinderatssitzung behandelt werde.

Stadtrat Müller stellt Detailfragen zum Haushalt hinsichtlich der stagnierenden Gewerbesteuer, der Vermietung und Einnahmemöglichkeiten von Hallen, Bankgebühren, der

Friedhofsanierung Tumringen, der barrierefreien Website und Leerstellen für Beamte im Stellenplan.

Fachbereichsleiter Kleinmagd antwortet, dass die Gewerbesteuer stagniere, es aber nicht weniger Betriebe gebe. Man habe 2016 einen großen Zahler verloren, das gleiche sich jetzt langsam wieder aus. Die Bankgebühren rühren von Negativzinsen aufgrund hoher Liquidität her. Im nächsten Jahr sei man Dank Investitionen weniger flüssig und es würden auch deutlich weniger Gebühren anfallen. Das Ergebnis des Friedhofs variere stark, da es sich um eine Verrechnung des Ergebnisses des Vorjahres mit dem Gesamthaushalt handle, so ließen sich die Schwankungen mit geringeren Zuschüssen erklären.

Fachbereichsleiterin Baldus-Spinger erklärt, dass der barrierefreie Relaunch der Homepage durch eine Gesetzesänderung bzw. eine EU-Richtlinie notwendig sei.

Fachbereichsleiterin Brödlin antwortet zu den Leerstellen, dass man diese vorhalten müsse und keine neuen Stellen dadurch geschaffen würden.

Der Vorsitzende ergänzt, dass es vor allem um zurückkehrende Beamte gehe und dass das bewährte langjährige Praxis sei.

Bürgermeisterin Neuhöfer-Avdić sagt hinsichtlich der Friedhofs-/Mauersanierung in Tumringen, dass erste Kostenschätzungen 500.000€ ergeben hätten und man durch den Denkmalschutz eingeschränkt handlungsfähig sei. Man wolle die Mauer in Eigenregie und aus dem Bauunterhalt ertüchtigen, das sei deutlich günstiger als die geschätzten Kosten von 500.000€.

*Nach der allgemeinen Aussprache zum Haushaltsentwurf unterbricht der Vorsitzende die Sitzung für eine kurze Pause (10.50 bis 11.00 Uhr).*

## **TOP 2**

### **Zuschüsse**

#### **TOP 2.1**

#### **Weiterführung des Präventionsprojekts .compass der Villa Schöpflin**

#### **Vorlage: 144/2019**

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Stadtrat Böhler signalisiert Zustimmung, würde sich für die Zukunft aber detaillierte Informationen wünschen, die auch abbilden inwieweit das Projekt auch kreisweit tätig sei.

Der Hauptausschuss stimmt daraufhin einstimmig folgendem Beschlussvorschlag zu:

Der weiteren Gewährung des Zuschusses für das Präventionsprojekt .compass, für die Jahre 2020, 2021 und 2022 in Höhe von 30.000€ jährlich wird unter Vorbehalt der Haushaltsplanberatung zugestimmt.

## **TOP 2.2**

### **Bezuschussung der Personalkosten der Nachtdienste in der Notschlafstelle der AGJ Wohnungslosenhilfe in Lörrach Vorlage: 193/2019**

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Stadträtin Kurfeß teilt mit, dass die Fraktion der Grünen zustimmen werde. Für die Zukunft sei aber grundsätzlich zu klären, ob die Nutzung der Einrichtung mit einer 50%-Finanzierung von Stadt und Landkreis gerecht abgebildet werde. Sie vermutet, dass die Stadt an dieser Stelle über Gebühr belastet werde.

Stadträtin Bachmann-Ade teilt diese Kritik, ansonsten verzichten die Stadträte auf Stellungnahmen.

Der Vorsitzende verspricht das Anliegen bei dem nächsten Bürgermeister-Forum anzusprechen. Die übrigen Bürgermeister würden das naturgemäß anders einschätzen, er sehe aber auch, dass die übernachtenden Obdachlosen nicht alle aus Lörrach kämen.

Der Hauptausschuss stimmt daraufhin einstimmig folgendem Beschlussvorschlag zu:

Der Gewährung des Zuschusses in Höhe von 21.000 € für die Notschlafstelle der AGJ Wohnungslosenhilfe im Landkreis Lörrach für die Jahre 2020, 2021 und 2022 wird unter Vorbehalt der Haushaltsplanberatung zugestimmt.

## **TOP 2.3**

### **Zuschuss für die ehrenamtliche Wohnanpassungsberatung der Fritz-Berger-Stiftung Vorlage: 141/2019**

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Im Hauptausschuss besteht kein weiterer Diskussions-/ Erläuterungsbedarf.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig folgendem Beschlussvorschlag zu:

Der Gewährung des Zuschusses für den ehrenamtlichen Wohnberatungsdienst der Fritz-Berger-Stiftung, für die Jahre 2020, 2021 und 2022 in Höhe von 2.500€ wird unter Vorbehalt der Haushaltsplanberatung zugestimmt.

## **TOP 2.4**

### **Zuschuss Pro Digno e.V. Vorlage: 142/2019**

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Im Hauptausschuss besteht kein weiterer Diskussions-/ Erläuterungsbedarf.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig folgendem Beschlussvorschlag zu:

Der Weitergewährung des Zuschusses für Pro Digno e.V., für die Jahre 2020, 2021 und 2022 in Höhe von 10.000 € wird unter Vorbehalt der Haushaltsplanberatung zugestimmt.

#### **TOP 2.5**

##### **Zuschussantrag pro familia für das Projekt "wellcome"**

**Vorlage: 147/2019**

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Im Hauptausschuss besteht kein weiterer Diskussions-/ Erläuterungsbedarf.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig folgendem Beschlussvorschlag zu:

Der weiteren Gewährung für das Projekt „wellcome“ für die Jahre 2020 und 2021 in Höhe von 3.700€ wird unter Vorbehalt der Haushaltsplanberatung zugestimmt.

#### **TOP 2.6**

##### **Einmaliger Zuschussantrag Deutsches Rotes Kreuz Ortsverein Lörrach und Ortsteile e.V.**

**Vorlage: 163/2019**

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf. Er betont, dass der Zuschuss lediglich einmalig sei.

Stadträtin Salinas de Huber betont wie wichtig die Nachwuchsarbeit sei und signalisiert die Zustimmung ihrer Fraktion.

Stadträtin Krämer möchte dem Verein noch einmal ausdrücklich für seine Arbeit danken.

Die übrigen Fraktionen schließen sich ihren Vorrednern an und signalisieren ihre Zustimmung.

Der Hauptausschuss stimmt daraufhin einstimmig dem Beschlussvorschlag zu:

Der Gewährung des einmaligen Zuschussantrages für den DRK Ortsverein Lörrach und Ortsteile e.V. für das Jahr 2020 in Höhe von 5.500€ wird unter Vorbehalt der Haushaltsplanberatung zugestimmt.

#### **TOP 2.7**

##### **Antrag auf Erhöhung des Zuschusses der Frauenberatungsstelle e.V.**

**Vorlage: 164/2019**

Der Vorsitzende erläutert noch einmal kurz, dass der Beschlussvorschlag absichtlich negativ formuliert worden sei, um den Stadträten die Möglichkeit zu geben mit ihrer Ablehnung der Vorlage ein Zeichen zu setzen.

Stadträtin Dr. Reinhardt-Albiez hält die Frauenberatungsstelle für ein wichtiges Element des Beratungsnetzes und betont auch die Bedeutung für die Schulen. Sie ist für eine Erhöhung der Zuschüsse folgerichtig also gegen den Beschlussvorschlag. Die Fraktion Die Grünen werde dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

Stadträtin Krämer erklärt, dass die CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen werde.

Stadtrat Bernnat spricht von einem dramatischen Thema und sieht es kritisch, dass außer Efringen-Kirchen die übrigen Gemeinden sich nicht mit höheren Zuschüssen an dem Projekt beteiligen. Die SPD-Fraktion werde der Vorlage nicht zustimmen.

Stadtrat Müller und die Fraktion der Freien Wähler schließen sich den Vorrednern an. Sie werden der Vorlage ebenfalls nicht zustimmen.

Stadträtin Kurfeß bestätigt die Kritik von Stadtrat Bernnat an der geringen Beteiligung der übrigen Gemeinden und betont noch einmal, dass sie es begrüßenswert finde, dass das Frauenhaus und die Frauenberatungsstelle nicht vermischt und daher von unterschiedlichen Trägern realisiert würden.

Der Vorsitzende betont wie eingangs der Beratung, dass die Formulierung des Beschlussvorschlages ein Zeichen setzen solle.

Der Hauptausschuss stimmt daraufhin dem geänderten Beschlussvorschlag einstimmig zu:

Der Erhöhung des laufenden Zuschusses um 4.353 € auf insgesamt 12.000 € für die Frauenberatungsstelle e.V. wird **nicht** zugestimmt.

## **TOP 2.8**

### **Zuschussantrag der Drogen- und Jugendberatungsstelle Lörrach des Arbeitskreises Rauschmittel e.V. (AKRM)**

**Vorlage: 171/2019**

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Stadträtin Kurfeß deutet die Zustimmung ihrer Fraktion an, bringt aber auch die Kreis-/Stadt-Problematik wieder an, die bei diesem Beispiel besonders offensichtlich ist, da die bezuschussten Sach- und Overheadkosten des Vereines vor allem auch durch neue Außenstellen in Weil am Rhein und Schopfheim steigen.

Stadtrat Escher stimmt seiner Ratskollegin bezüglich der Kreis-/Stadt-Problematik zu. Er lobt aber auch die hervorragende Arbeit und die Strukturen, die dieser Verein geschaffen hat. Die CDU-Fraktion werde dem Antrag zustimmen.

Stadträtin Bachmann-Ade signalisiert die Zustimmung der SPD-Fraktion.

Stadträtin Herzog stimmt für die Freien Wähler auch zu.



Der Hauptausschuss stimmt daraufhin einstimmig folgender Beschlussfassung zu:

Der Weitergewährung des Zuschusses in Höhe von jeweils 3.300 € (Sachkostenzuschuss) und 5.500 € (Projektzuschuss) für die Jahre 2020 bis 2022 für den Arbeitskreis Rauschmittel (AKRM) wird vorbehaltlich der Haushaltsplanberatung zugestimmt.

## **TOP 2.9**

### **Zuschussantrag der Suchthilfe Drehscheibe**

**Vorlage: 172/2019**

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Im Hauptausschuss besteht kein weiterer Diskussions-/ Erläuterungsbedarf.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig folgendem Beschlussvorschlag zu:

Der Weitergewährung des Zuschusses für die Suchthilfe Drehscheibe, für die Jahre 2020, 2021 und 2022 in Höhe von 4.500 € wird unter Vorbehalt der Haushaltsplanberatung zugestimmt.

## **TOP 2.10**

### **Zuschussantrag Kreuzweg e.V. für die Renovierung/Umbau des Vereinshaus**

**Teichstr. 24**

**Vorlage: 206/2019**

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf und leitet direkt zu den Stellungnahmen der Fraktionen über.

Stadtrat Dr. Hengelage lobt die Unterstützung bei der Erfüllung der Pflichtaufgabe Obdachlosigkeit durch den Verein. Der Zuschuss sei überschaubar und gerechtfertigt. Die Fraktion der Grünen werde zustimmen.

Stadtrat Escher betont den einmaligen Zuschuss und den positiven Eindruck beim Orts-termin. Die Fraktion der CDU werde zustimmen.

Stadtrat Bernnat erklärt, dass man nach der abwartenden Haltung bei der ersten Vorstellung des Antrages nun überzeugt sei, dass die Stadt mit dem einmaligen Zuschuss keine Verpflichtungen zur Weiterführung des Projektes eingehen. Deshalb könne die SPD-Fraktion dem Antrag nun zustimmen.

Stadtrat Müller sagt, dass die Stadt dankbar und glücklich über ein solches Projekt sein könne und, dass man bereits gute Erfahrungen mit den Trägern des Projektes habe. Die Fraktion der Freien Wähler wolle dem Antrag ebenfalls zustimmen.

Der Vorsitzende erwähnt noch einmal, dass die Stadt nur einen kleinen einmaligen Zuschuss gebe und ein Großteil der Förderung durch die Aktion Mensch geleistet werde.

Der Hauptausschuss stimmt daraufhin einstimmig folgendem Beschlussvorschlag zu:

Der Gewährung des einmaligen Zuschusses in Höhe von 20.000 € für den Kreuzweg e.V. für das Jahr 2020 wird unter Vorbehalt der Haushaltsplanberatung zugestimmt.

## **TOP 2.11**

### **Städtische Bezuschussung der Lörracher Kindertagespflegepersonen**

#### **Vorlage: 185/2019**

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Stadträtin Kurfeß lobt die Tagespflege als wichtige zweite Säule der Kinderbetreuung. Andere Gemeinden würden die Tagespflege schon bezuschussen. Die Fraktion der Grünen werde dem Antrag trotz des hohen Betrages zustimmen.

Stadträtin Krämer gibt an, dass die CDU-Fraktion dem Antrag auch zustimme. Auf diese Weise könne man die Tagespflege unterstützen, die die Stadt bei ihrer Betreuungspflicht unterstütze.

Stadtrat Bernnat schließt sich seinen Vorrednerinnen an, 100.000 Euro seien aber auch nicht wenig Geld.

Stadträtin Herzog meint, man sei auf die Plätze angewiesen, daher stimme sie zu.

Der Vorsitzende ergänzt noch einmal, dass der Betrag auf 100.000 Euro gedeckelt sei. Dies sei deutlich günstiger als eine neue Kita. Man wolle das Projekt aber vor allem unterstützen, weil man es für sachlich und fachlich gut halte.

Der Hauptausschuss stimmt daraufhin einstimmig folgendem Beschlussvorschlag zu:

1. Die Stadt Lörrach bezuschusst Kindertagespflegepersonen in den Jahren 2020 bis 2022. Der Zuschuss wird auf 100.000€/Jahr gedeckelt. Bezuschusst werden Kindertagespflegepersonen, die Lörracher Kinder betreuen. Der Betreuungsplatz muss in der Bedarfsplanung der Stadt Lörrach enthalten sein. Die Höhe des Zuschusses beträgt 1€/Kind/Stunde. Eine Förderung der Betreuung in den Tagesrandzeiten wird bei mehr Anträgen als Fördermittel bevorzugt behandelt.
2. Mit der Verwaltung und Auszahlung der Förderung wird der Fachdienst Kindertagespflege beauftragt. Er liefert einen jährlichen Bericht mit Statistik und Verwendung nachweisen zum Abruf des Zuschusses ab. Hierfür werden ca. 20.000€/Jahr abgegolten (18€/Kind/Monat).

## **TOP 2.12**

### **Erneuerung Kunstrasenplatz und Umrüstung Flutlichtanlage TuS Stetten**

**Vorlage: 182/2019**

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Stadtrat Dr. Hengelage erklärt, dass angesichts der Entwicklung der letzten Monate die Sanierung sinnvoll und notwendig sei. Die Förderung sei gesichert und es würden hohe Eigenmittel in das Projekt mit eingebracht. Die Stadt und Schulen würden profitieren, man solle aber auch später prüfen, ob man die letzten Tranchen der Rückzahlung des Darlehens erlassen könne, um es dem Verein zu ermöglichen die eigenen Rücklagen neu zu bilden, die der Verein jetzt in die Sanierung investiere.

Stadtrat Escher spricht von einer Vorbildfunktion des TuS Stetten was die Sanierung von Kunstrasen und Entfernung von Micro-Plastik aus der Umwelt angehe. Das Projekt sei gut durchdacht, die Rückzahlungen mit dem Verein abgestimmt und Fußballplatz und die Schule schon lange ein eingespieltes Team. So könne der Verein langfristig planen.

Stadtrat Bernnat signalisiert Zustimmung, die Sanierung sei wichtig für den Schulsport, auch solle Neumatt als Schulstandort erhalten werden.

Stadtrat Müller findet die Vielfachnutzung hervorragend und kann dem Antrag auch zustimmen.

Der Hauptausschuss stimmt daraufhin einstimmig folgendem Beschlussvorschlag zu:

1. In Anlehnung an die Bezuschussung des Badischen Sportbundes (30% der zuschussfähigen Gesamtkosten) wird dem Zuschussantrag in gleicher Höhe von Euro 106.439,00 zugestimmt. Die Auszahlung der Mittel erfolgt in zwei gleichen Tranchen in den Haushaltsjahren 2020 und 2021.
2. Die darüber hinaus beantragte weitere Förderung durch die Stadt in Höhe von 20 % (= 70.000 Euro) wird dem Verein als rückzahlbarer Zuschuss zur Verfügung gestellt. Die Rückzahlung erfolgt durch Verrechnung mit der jährlichen Nutzungsentschädigung. Es werden 5.000 Euro/Jahr für die Dauer von 14 Jahren verrechnet.

## **TOP 2.13**

### **Erhöhung des Zuschusses für den Stadtjugendring Lörrach e.V. / Einführung neuer Förderrichtlinien**

**Vorlage: 215/2019**

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf leitet direkt zu den Stellungnahmen der Fraktionen über.

Stadträtin Dr. Reinhardt-Albiez freut sich sehr über das Erwachen aus dem Dornröschenschlaf. Zusätzlich sei die Erhöhung des Zuschusses ein Zeichen für mehr Bürgerinitiative und Bürgervernetzung. Die Fraktion der Grünen werde den Antrag unterstützen.

Stadträtin Höfler hält die Erhöhung für überfällig und wünscht sich eine regelmäßige Überprüfung des Förderbedarfs.

Stadtrat Bernnat hält die Erhöhung nach 20 Jahren auch für überfällig.

Stadtrat Müller schließt sich seinen Vorrednern an.

Der Hauptausschuss stimmt daraufhin folgendem Beschlussvorschlag zu:

1. Der Erhöhung des Zuschusses an den Stadtjugendring Lörrach e.V. auf 20.000,- € pro Jahr wird zugestimmt.
2. Den Richtlinien zur Gewährung und Ausschüttung der Zuschüsse wird zugestimmt.

#### **TOP 2.14**

#### **Erhöhung des städtischen Zuschusses für die Lörracher Strassenfasnacht**

#### **Vorlage: 138/2019**

Der Vorsitzende führt in den Tagesordnungspunkt ein.

Stadträtin Kurfeß gibt an, dass ihre Fraktion das Thema intern diskutiert habe und sie nicht geschlossen abstimmen werden. Sie erklärt den Unterschied zwischen Fasnachts-Zunft und Fasnachts-Gilde, betont die hohe Beteiligung von jungen Menschen, die Jugend- und ehrenamtliche Arbeit die geleistet würden, die Regeln und erzieherische Funktion. Es handle sich um ein riesiges ehrenamtliches Event für das die Gilde jedes Jahr mit wenig Kapital ein großes finanzielles Risiko eingehe, bisher seien die Kosten der Stadt eher verdeckt gewesen, durch diesen Zuschuss sollen sie transparenter werden. Sie wünsche sich, dass ihre Kollegen dem Fasnachts-Ehrenamt die Anerkennung zukommen lassen, die es verdient.

Stadtrat Lusche meint, dass man bei diesem Thema die Wohlfühlphase verlasse. Er erwarte kritische Reaktionen der Gilde, aber nicht alles Wünschenswerte und Positive sei am Ende auch von der Stadt finanzierbar. Er werde dem Antrag nicht zustimmen. Er könnte sich vorstellen, dass die Verwaltung das Geld bereitstellt, es aber nur in der Höhe des nachgewiesenen Bedarfes an die Gilde ausbezahlt werde und nicht automatisch in voller Höhe. Für ihn sei die Reihenfolge verkehrt, auch solle es nicht unbefristet sondern nur bei nachgewiesenem Bedarf Geld geben.

Stadtrat Bernnat lehnt stellvertretend für die SPD-Fraktion den Antrag ab, die 20.000 € seien zu hoch, intransparent und würden aufgrund von Gleichbehandlungsgrundsätzen auch eine hohe Förderung der Hauinger Buurefasnacht erforderlich machen. Die SPD

könnte die 6.000€, die in einem Begleitschreiben der Narrengilde an die Stadträte für Sicherheitskosten aufgeführt sind, mittragen.

Stadtrat Müller spricht von Kooperationsvereinbarungen und würde die „enormen Kosten“ gerne aufgeschlüsselt haben, um die 20.000€ ins Verhältnis mit aktuell schon anfallenden Kosten setzen zu können. Er wünscht sich Transparenz; die Freien Wähler könnten den 20.000 € als einmaligem Zuschuss für den Haushalt 2020 aber zustimmen.

Stadtrat Escher wünscht sich Ehrlichkeit bei der Vorlage, es ginge schlicht um einen ständigen Zuschuss von 20.000 €. Bei 45.000 € Sachleistungen der Stadt könne er die 6.000€ für gestiegene Sicherheitskosten vertreten, einen Zuschuss von 20.000 € könne er nicht unterstützen, zumal die Hauinger Fasnacht dann berechnigte Ansprüche stellen würde.

Stadtrat Böhler findet die Aussagen von Stadtrat Bernnat und Escher sinnvoll und nachvollziehbar, die Übernahme der Sicherheitskosten könne er mittragen, dass das Schicksal der Lörracher Fasnacht von Social Media und dem Tourismus abhängig seien solle, könne er so aber nicht nachvollziehen.

Stadtrat Dr. Hengelage hält die Fasnacht für ein integratives Event, möchte die Arbeit des Fasnacht-Ehrenamtes gewürdigt sehen und stimmt dem Zuschuss für die Sicherheit zu.

Stadträtin Bachmann-Ade mahnt auch das Gleichheitsprinzip mit Blick auf Hauingen an. Mit dem Zuschuss in Höhe von 6.000 € sei sie einverstanden. Sachanschaffungen könnten ja auch mehrfach verwendet werden.

Stadträtin Kurfeß hätte sich zwar mehr Geld für die Gilde gewünscht, sieht aber auch ein, dass die 20.000 € nicht ganz realistisch waren. Sie bittet den Antrag auf 6.000 Euro für Sicherheitsangelegenheiten zu ändern.

Fachbereichsleiter Frick möchte an der Stelle noch einmal klarstellen, dass die Kosten in der Beschlussvorlage aufgeführt und nicht intransparent seien. Die Kosten für die Fasnachtsfeuer hätten nicht direkt mit der Straßenfasnacht zu tun und die Sinkkastenreinigung wäre eh angefallen, man würde sie nur verschieben und direkt nach den Veranstaltungen durchführen. Realistisch habe die Stadt 35.000 € im Jahr 2019 für die Straßenfasnacht ausgegeben.

Der Vorsitzende hält also fest, dass die 6.000 € heute wohl der mehrheitsfähige Betrag seien. Diese 6.000 € sollen zweckgebunden für das Thema Sicherheit sein.

Stadtrat Lusche bittet um die Formulierung „bis zu 6.000 €“ und darum, Belege zur Verwendung der Gelder einzufordern.

Der Hauptausschuss stimmt daraufhin dem geänderten Beschlussvorschlag einstimmig zu:

**Die Stadt gewährt auf Nachweis tatsächlich entstandener Kosten durch die Narrengilde einen jährlichen Zuschuss in Höhe von bis zu 6.000,- Euro für in Anspruch genommene Leistungen zur Erhöhung der Sicherheit bei den Veranstaltungen Lasser Gugg Explosion und Fasnachtsumzug am Fasnachtssonntag.**

#### **TOP 2.15**

#### **Anpassung Schießstand aufgrund neuer Lärmschutz-und Sicherheitsvorgaben - Schützengesellschaft Lörrach 1682 e.V.**

**Vorlage: 209/2019**

Der Vorsitzende fasst die vorangegangenen Diskussionen noch einmal zusammen und nennt die kontroversen Punkte: geringe Anzahl des Nachwuchses, Anzahl an Schießvereinen in Lörrach, "Schieß-Sport". Da der Badische Sportbund die Maßnahme fördere, empfehle die Verwaltung auf Basis der aktuellen Sportförderungspraxis dem Antrag zuzustimmen.

Stadtrat Böhler spricht von einem Automatismus, sobald der Sportbund bezahle, müsse auch die Stadt zahlen. Einen Vergleich mit dem zehnmal größeren TuS Stetten möchte er an dieser Stelle nicht ziehen. Man wünsche sich ein Zukunftskonzept und, dass eine Abwägung stattfinden werde, ob vier Schießanlagen in Lörrach unterhalten werden sollten, wenn man Aufwand und Ertrag ins Verhältnis setze. Die Fraktion Die Grünen werde der Vorlage zustimmen, die Differenz zwischen den vorher diskutierten 50.000 Euro zu den nun im Antrag stehenden 33.990€ möchte er im Anschluss an die Stellungnahmen noch einmal erklärt haben.

Stadtrat Escher nimmt den olympischen Schießsport noch einmal in Schutz, lobt die teilweise auf nationaler Ebene erfolgreichen Lörracher Schützen. Die Synergien werden so gut es gehe genutzt. Er wünsche dem Verein, dass er bald wieder erfolgreicher werde im Bereich der Jugendarbeit und signalisiert die Zustimmung seiner Fraktion zu dem Antrag. Auch er möchte eine kurze Erklärung zu der Differenz zwischen der Summe des Antrags und dem zur Abstimmung stehenden Zuschuss.

Stadträtin Bachmann-Ade kündigt eine uneinheitliche Stimmabgabe der SPD-Fraktion an. Die Stadträte die sich enthalten werden, tun dies wegen der wenigen jugendlichen Mitglieder und dem fehlenden Zukunftskonzept. Die zustimmenden Stadträte tun dies, da sie sich durch die Entscheidung des Sportbundes verpflichtet fühlen.

Stadtrat Müller betont, dass es den Stadträten nicht zustünde als Gemeinderat die Sportarten zu bewerten oder gar zu boykottieren. Die Fraktion der Freien Wähler werde zustimmen.

Komm. Fachbereichsleiterin Oswald erklärt, dass man sich an der Höhe der Förderung durch den Sportbund orientiert habe.

Stadträtin Kurfeß fragt, ob ein Zukunftskonzept konkret geplant sei.

Stadtrat Lusche merkt an, dass der Betrag im Haushaltsplan noch nicht deckungsgleich sei.

Fachbereichsleiter Kleinmagd verspricht, dass dieser noch angepasst werde.

Komm. Fachbereichsleiterin Oswald erklärt, man habe mit den Vereinen Kontakt aufgenommen, da es aber sehr unterschiedliche Besitzverhältnisse bei den Schießanlagen gebe (Eigentum und Erbpacht) könne man als Stadt nicht entscheiden.

Der Vorsitzende sagt, man werde eine Fusion mit der Interessengemeinschaft der Lössbacher Turn- und Sportvereine (IGTS) besprechen, diese könnten aber nur freiwillig erfolgen.

Stadtrat Lusche möchte, dass man perspektivisch plane, eine Diskussion solle im Zusammenhang mit einer grundsätzlichen konzeptionellen Sportplanung der Stadt erfolgen.

Stadtrat Bernnat sieht keinen Automatismus oder Rechtsanspruch der Vereine. Der Gemeinderat könne Ausnahmen von der Regel beschließen, wenn die Projekte nicht sinnvoll oder nicht förderungswürdig seien.

Stadtrat Müller regt an, dass die Schießanlage wie früher schon einmal zur Nutzung durch die Polizei genutzt werden könne, um zusätzliche Synergien zu schaffen.

Stadträtin Bachmann-Ade sieht Fusionen von Sportvereinen allgemein kritisch, da die Verteilung auf verschiedene Anlagen und Stadtteile wichtig sei.

Stadtrat Escher zeigt Verständnis für seine Vorredner, bricht aber noch einmal eine Lanze für die Vereinsarbeit im Allgemeinen. Ehrenamtliche Vereine würden Integrationsarbeit leisten, Kultur und Traditionen erhalten, Straßenfeste ermöglichen. Immer weniger Menschen seien bereit sich zu engagieren. Das Zukunftskonzept sei ein heißes Eisen, da es mit Sicherheit Kürzungen des Jugendzuschusses und mittelbar auch Kürzungen der Förderung der gemeinnützigen Vereinsarbeit bedeuten würde.

Komm. Fachbereichsleiterin Oswald sagt, dass man im Zusammenhang mit dem Neubaugebiet Neumatt-Brunnwasser das Thema Fusionen oder gemeinsame Nutzung von Sportstätten bereits mit mehreren in Haagen und Hauingen ansässigen Sportvereinen diskutiert habe, dass die Impulse zu Fusionen aber aus den Vereinen kommen müssten. Man sei dort bislang zu keiner Einigung gekommen.

Der Vorsitzende verweist noch einmal darauf, dass man nächstes Jahr mit der IGTS über das Thema diskutieren werde und bittet die Stadträte nun zur Abstimmung.

Der Hauptausschuss stimmt daraufhin einstimmig bei zwei Enthaltungen folgender Beschlussfassung zu:

In Anlehnung an die Bezuschussung des Badischen Sportbundes (30% der zuschussfähigen Gesamtkosten), wird dem Zuschussantrag in gleicher Höhe von Euro 33.990 zuge-

stimmt. Die Auszahlung der Mittel erfolgt in 2020. Die Bezuschussung steht unter dem Vorbehalt des Haushaltsbeschlusses.

*Vor der Mittagspause werden die Tagesordnungspunkte 4 und 5 vorgezogen behandelt.*

#### **TOP 4**

##### **Bedarfsgerechte Anpassung Schulsozialarbeit Campus/THR und Fridolinschule**

**Vorlage: 218/2019**

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Komm. Fachbereichsleiterin Oswald teilt mit, dass die in der Vorberatung aufgeworfenen Fragestellungen geklärt werden konnten.

Alle Fraktionen signalisieren ihre Zustimmung und danken für die Klärung.

Der Hauptausschuss stimmt folgendem Beschlussvorschlag einstimmig zu:

1. Der Gemeinderat stimmt der Anpassung/Erhöhung der Stellenanteile der Schulsozialarbeit am Campus von 300% auf 350% zu.
2. Der Gemeinderat stimmt der Anpassung/Erhöhung der Stellenanteile der Schulsozialarbeit an der Fridolinschule von 50% auf 75% zu.
3. Die Zustimmungen erfolgen unter dem Vorbehalt der Co-Finanzierung durch das Land Baden-Württemberg und durch den Landkreis Lörrach.
4. Die Trägerschaft der zusätzlichen Stellenanteile richtet sich nach den bereits an den Schulen tätigen anerkannten Trägern der Jugendhilfe und wird somit dem CVJM (Campus) und der Dieter-Kaltenbach-Stiftung (Fridolinschule) übertragen.

#### **TOP 5**

##### **Handlungskonzepte für die Quellversorgungszone**

**Vorlage: 066a/2019**

Bürgermeisterin Neuhöfer-Avdić stellt das Anliegen der Vorlage vor. Sie erklärt, dass das Thema ausführlich besprochen worden sei. Man wolle die Quellversorgung erhalten und, wo notwendig, neue Rohre verlegen. Den Gemeinderat werde man über den Stand der Sondierungsuntersuchung informieren.

Stadtrat Escher bittet in diesem Kontext erneut um die Reaktivierung des Emma-Brunnles in Stetten. Es sei bekannt was notwendig sei. Er hofft auf ein Vorziehen der Arbeiten im kommenden Jahr.



Der Hauptausschuss stimmt daraufhin einstimmig folgender Beschlussfassung zu:

1. Die Stadtwerke werden damit beauftragt Planungen und Bauleistungen im Zuge der Erschließung Am Soormattbach zu veranlassen, um den Fortbestand des Quell-Leitungsnetzes zu sichern. Hieraus folgen voraussichtlich Investitionskosten in Höhe von ca. 392.700,00 € zzgl. Nebenkosten von ca. 20%. Dabei gilt stets die Prämisse, möglichst viele Brunnen mit Quellwasser zu versorgen.
2. Die Mittel in Höhe von 284.000,00 € sind im Haushalt 2020 bereit zu stellen.

*Die Sitzung wird für die Mittagspause von 12.05 bis 13.00 Uhr unterbrochen.*

### **TOP 3**

#### **Kulturbeitrag für die Burghof Kultur- und Veranstaltungsgesellschaft mbH; Verlustausgleich**

##### **Vorlage: 222/2019**

Der Vorsitzende stellt die Vorlage vor. Zwischenzeitlich seien noch Fragen zur Verbuchung als Zuschusserhöhung/Verlustausgleich aufgekommen. Er spricht sich für die Beschlussfassung entsprechend der Vorlage aus. Der Burghof genieße in der Region einen hervorragenden Ruf.

Bürgermeisterin Neuhöfer-Avdić berichtet vom stattgefundenen Agglo-Forum 2019 im Burghof. Hier sei die professionelle Durchführung der Veranstaltung gelobt worden.

Stadtrat Böhler hält die Sitzung nicht für den geeigneten Raum für eine Burghof-Diskussion. Im Namen der Fraktion der Grünen beantragt er daher die Durchführung einer nichtöffentlichen Sondersitzung des Gemeinderats im ersten Quartal 2020 (Anlage 2).

Stadträtin Krämer erklärt, dass die CDU-Fraktion dem Antrag folgen könne, gleichwohl müsse auch eine Darlegung des Themas in der Öffentlichkeit erfolgen.

Stadtrat Bernnat stimmt im Namen der SPD-Fraktion der Vorlage sowie dem Antragsanliegen zu. Er macht zudem deutlich, dass die Institution des Burghofs nicht beschädigt werden dürfe.

Stadtrat Müller äußert, dass die Fraktion der Freien Wähler grundsätzlich hinter dem Burghof stehe, aber man über die Höhe des Defizits sprechen müsse. Dies müsse im Aufsichtsrat der Gesellschaft geschehen.

Der Vorsitzende geht auf die Aufgaben von Gemeinde- und Aufsichtsrat ein. Es sieht ein mehrheitliches Votum für die beantragte Sondersitzung zum Betrieb des Burghofs Anfang des kommenden Jahres.

Fachbereichsleiter Kleinmagd erklärt, dass es finanztechnisch verschiedene Möglichkeiten zur Verbuchung der 200.000 € gebe. Letztlich wolle man 2020 den Burghof-Betrieb ermöglichen und Raum für die Diskussion schaffen.

Stadträtin Krämer hält es für das falsche Signal, den Zuschuss zu erhöhen. Sie spricht sich für einen gesamten Verlustausgleich aus.

Stadtrat Bernnat wolle bei dem Beschlussvorschlag der Verwaltung bleiben.

Stadtrat Escher gibt an, dass man hiermit auch ein Zeichen an die Gesellschaft senden wolle.

Von Stadtrat Lindemer wird eingebracht, dass man grundsätzlich ein Limit für die Zuschusshöhe definieren müsse.

Stadtrat Dr. Hengelage äußert, dass der Burghof trotz seiner besonderen Stellung auch mit dem Budget hinkommen müsse.

Der Vorsitzende schlägt die Streichung der ersten Beschlussziffer der Vorlage zur Erhöhung des Kulturbeitrags vor. Der Verlustausgleich solle stattdessen 200.000 € betragen und die beantragte Sondersitzung in den Beschlussvorschlag aufgenommen werden.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig folgender, geänderter Beschlussfassung zu:

- 1. Der zum 31.12.2018 aufgelaufene Bilanzverlust von 722.046,04 € wird bis zur Höhe von 400.000 € ausgeglichen.**
- 2. Die Burghof Kultur- und Veranstaltungsgesellschaft mbH erhält im Jahr 2020 einen Verlustausgleich in Höhe von 200.000 €. Der restliche Verlustausgleich erfolgt in den Folgejahren.**
- 3. Im ersten Quartal 2020 findet eine nichtöffentliche Sondersitzung des Gemeinderates zum Thema Burghof statt.**

## **TOP 6**

### **Kommunaler Ordnungsdienst (KOD)**

#### **Vorlage: 231/2019**

Bürgermeisterin Neuhöfer-Avdić stellt die Haltung der Verwaltung zu einem kommunalen Ordnungsdienst vor. Man sei gegen die Übernahme landespolizeilicher Aufgaben und das Auffangen der dortigen Personalknappheit. Gleichwohl wolle man den Gemeindlichen Vollzugsdienst um eine Stelle aufstocken.

Der Vorsitzende merkt ergänzend an, dass der GVD beim Auf-/Abbau des Marktes dann unterstützen könne.

Stadtrat Escher zeigt sich verärgert, dass man nicht - wie von ihm vorgeschlagen - den Leiter der Polizei zur Erläuterung des Unterschieds KOD/GVD eingeladen habe. Er spricht sich weiterhin für die Einführung des KOD aus. Das Thema habe mit der Stellenschaffung beim GVD nichts zu tun.

Stadträtin Kurfeß und Stadtrat Bernnat teilen die Einschätzung der Verwaltung und stimmen der Vorlage zu.

Stadtrat Müller unterstützt die Haltung von Stadtrat Escher.

Stadträtin Krämer bittet ebenfalls darum, dass man sich zunächst ordentlich informieren und dann entscheiden solle.

Stadtrat Dr. Hengelage pflichtet einer Vertagung der 1. Beschlussziffer und der Einladung von Herrn Grethler bei.

Der Vorsitzende greift den Vorschlag auf und vertagt die 1. Beschlussziffer.

Sodann stimmt der Hauptausschuss einstimmig bei 2 Enthaltungen folgender Beschlussfassung zu:

- ~~1. Die Verwaltung schlägt vor, keinen Kommunalen Ordnungsdienst in der Stadt Lörrach einzuführen.~~
2. Die Verwaltung beantragt, eine zusätzliche Stelle beim Gemeindlichen Vollzugsdienst zu schaffen.

## **TOP 7**

### **Ergebnishaushalt 2020**

Frau Conti teilt mit, dass sich aufgrund der Veränderungen aus den vorangegangenen Diskussionen das Defizit auf 1.119.700 € belaufe.

## **TOP 8**

### **Investitionen 2020**

#### **- Antrag der SPD-Fraktion zur Einstellung von Haushaltsmitteln für Poller in der Grabenstraße und für Poller in der nördlichen Basler Straße**

Der Vorsitzende verweist auf den vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion zur Einstellung von Haushaltsmitteln für Poller. Er bittet Fachbereichsleiter Dullisch etwas zu den Kosten der Poller zu sagen.

Fachbereichsleiter Dullisch erklärt, dass es keine genauen Zahlen gebe. Zuerst müsse die Frage geklärt werden, wo Poller gebraucht werden.

Fachbereichsleiter Kleinmagd ergänzt, dass in den Haushalt keine Mittel eingestellt wurden, da die Kosten nicht schätzbar seien. Der Prozess werde den Gemeinderat nächstes Jahr begleiten.

Der Vorsitzende gibt an, dass in 2020 Klarheit geschaffen werden müsse. Auch müsse dies rechtzeitig geklärt werden, dass es nicht lange verschoben werde. Weiter erklärt er, dass über die Herrenstraße bisher nicht gesprochen worden sei.

Stadtrat Bernnat teilt die Einschätzung, dass es für die Basler Straße erst ein Konzept geben müsse. Bei der Grabenstraße sei es wichtig, dass die Poller 2020 eingebaut werden. Hier sei schon viel Zeit verschenkt worden.

Bürgermeisterin Neuhöfer-Avdić berichtet, dass es im Februar/März eine Zusammenstellung für den Gemeinderat geben solle. Unter anderem müsse geklärt werden, was eine Fußgängerzone für Lörrach heißt. Auch müsse betrachtet werden, was es bedeutet, wenn die Palmstraße geschlossen und umgebaut werde.

Stadtrat Lindemer merkt an, dass erst Straßen in einen verkehrsberuhigten Bereich umgebaut werden und anschließend beschließt man, dass daraus eine Fußgängerzone werde solle. Es werde dringend Klarheit benötigt, da so nur Personal und Geld verschwendet werde.

Stadtrat Lusche gibt an, dass die Fußgängerzone Fakt sei. Er sei aber dagegen, dass irgendwelche Mittel eingestellt werden, ohne zu wissen, wo die Poller eingebaut werden sollen und was für weitere Kosten dies mit sich bringt. Die Umsetzung müsse erstmal ordentlich aufgebaut werden.

Stadtrat Escher erklärt, dass er Fachbereichsleiter Dullisch in aller Breite unterstütze. Die Basler Straße müsse an mehreren Orten abgehängt werden. Einen fiktiven Betrag an Mitteln einzustellen, möchte er nicht. Auch sei es wichtig mit den Bewohnern vor Ort zu sprechen.

Stadtrat Bernnat bemängelt, dass es nicht sein dürfe, dass man bei der Basler Straße so lange wie bei der Grabenstraße wartet und es dann wieder eine Straße gebe, welche weiter als Straße befahrbar sei. Bei der Basler Straße könne man Geduld aufbringen. Bei der Grabenstraße müsse jetzt etwas geschehen.

Fachbereichsleiter Dullisch gibt an, dass es sehr zeitnah einen Bericht zur Turm-/Graben-/Palmstraße geben werde.

Stadträtin Kurfeß gibt zu verstehen, dass die Fraktion Die Grünen mit einer größeren Toleranz bei der Basler Straße leben könne. Bei der Grabenstraße sei man jetzt am Zug. Man

habe in Fachbereichsleiter Dullisch und seinen technischen Sachverstand und sein Durchsetzungsvermögen volles Vertrauen. Weiter möchte sie wissen, ob das Thema Verkehr in der Gemeinderatsklausur behandelt werde.

Der Vorsitzende erklärt, dass die Aufarbeitung im ersten Halbjahr stattfinden müsse. Wie soll die Fußgängerzone im Detail aussehen. Die Basler Straße sei ein komplexes Thema.

Stadtrat Escher schlägt vor, die Poller aus der Tumringer Straße für die Grabenstraße zu benutzen, da diese dann ja nicht mehr benötigt werden. Er begrüße es, wenn in der Grabenstraße Ruhe einkehre.

Stadtrat Lusche gibt zu verstehen, dass für ihn in der Grabenstraße nicht alles klar sei. Weiter gibt er an, dass städtebaulich definiert werden müsse, was eine Fußgängerzone sei und was nicht.

Stadtrat Bernnat erklärt nochmals, dass man bereit sei auf die Poller in der Basler Straße zu warten.

Der Vorsitzende erklärt, dass der Antrag insofern zurückgestellt sei. Die Klärung der Fußgängerzone werde im 1. Halbjahr 2020 erfolgen.

## **TOP 9**

### **Finanzplan 2019-2023**

Der Vorsitzende erklärt, dass sich hinsichtlich der Finanzplanung keine Änderungen ergeben haben.

## **TOP 10**

### **Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse und sonstige Bekanntgaben**

#### **10.1**

Der Vorsitzende informiert über die nichtöffentlich gefassten Beschlüsse der vergangenen Ausschusssitzung am 14. November 2019:

Stellenbesetzung im Bereich Baurecht

„Herr Michael Kaatz soll voraussichtlich zum 1. März 2020 als Mitarbeiter für den „Vorbeugenden Brandschutz im Fachbereich Recht/Stiftungen/Baurecht, Bereich Baurecht, eingestellt werden.“

Neue Kindertageseinrichtung Lingertstraße 3

„Die außerplanmäßige Ausgabe zur Zahlung eines pauschalen Ausgleichsbetrags für die Vorhaltung des Mietobjekts Lingertstraße 3 von April-Dezember 2019 zur Einrichtung einer Kindertageseinrichtung wird genehmigt.“

## **10.2**

Der Vorsitzende kündigt an, dass die Gemeinderatssitzung am 19. Dezember 2019 bereits um 17.00 Uhr beginne.

## **TOP 11**

### **Allgemeine Anfragen**

keine

## **TOP 12**

### **Offenlegungen**

Der Hauptausschuss nimmt von nachstehender Offenlegung Kenntnis:

- 12.1 Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Lörrach am 14. November 2019

## **Zur Beurkundung**

Der Vorsitzende:

Urkundspersonen:

Schriftführung: